



## ایران رپورت

### Iran-Report

10/21

Oktober 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

Innenpolitik	2
Kultur	9
Wirtschaft	11
Aussenpolitik	14

---

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Julia Bartmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
20. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Rohani soll vor Gericht / Hausputz im Außenministerium / Laridschani legt sein Amt als Mitglied des Wächterrats nieder / Kampf gegen oppositionelle Kurden / Chamenei bezeichnet Sportler als Landesverräter / Akademikerin zur Vizepräsidentin ernannt / Neuer Sekretär des Schlichtungsrats / Mysteriöser Tod von Schahin Nasserri im Gefängnis / Narges Mohammadi weigert sich, ins Gefängnis zu gehen / Keine Aussicht auf Ende der Corona-Pandemie

---

### ROHANI SOLL VOR GERICHT

Der Abgeordnete Dschawad Nikbin forderte am 5. September im Parlament, der ehemalige Staatspräsident Hassan Rohani und seine Mitarbeiter sollten vor Gericht gestellt werden. „Gegen diese Verräter ist keine Milde angebracht“, sagte er und forderte die Justiz auf, die Akte der Regierung Rohani zu überprüfen. Er nahm Bezug auf die Serie „Kandu“, die seit längerem im Fernsehen läuft. Der Film zeigt, wie eine Regierung, insbesondere der Außenminister, Verrat übt. „Entweder ist alles, was in dem Film gezeigt wird, wahr, dann müssen Rohani und seine Mitarbeiter vor Gericht, oder der Film lügt, dann darf die Serie nicht gesendet werden“, sagte der Abgeordnete. An den Parlamentspräsidenten Mohammad Bagher Ghalibaf gewandt sagte er: „Sorgen Sie dafür, dass entweder der Film abgesetzt oder Rohani vor Gericht gestellt wird!“ Nikbin forderte auch Justizchef Mohsseni Ejechi auf, alle Verfehlungen der Regierung Rohani, die im Parlament behandelt wurden, sowie alle Handlungen der ehemaligen Regierung, die auf Verrat deuten, zu überprüfen.

Als die Serie „Kandu“ zum ersten Mal gezeigt wurde, beklagte sich der damalige Außenminister Mohammad Dschawad Sarif beim Revolutionsführer und forderte die Absetzung des Films. Laut dem damaligen Sprecher des Außenministeriums Abbas Mussawi habe Chamenei in einem Antwortschreiben an Sarif erklärt, er sei „absolut dagegen“, dass der Außenminister beleidigt werde. Doch die Serie wurde nicht abgesetzt. Seitdem Rohani sich verabschiedet und sein Amt dem neuen Präsidenten Ebrahim Raisi übergeben hat, ist er in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht. Trotzdem ist er präsent und in diesen Tagen in aller Munde.

Nach Nikbin haben weitere Abgeordnete eine gerichtliche Verfolgung Rohanis und seiner Mannschaft gefordert. Auch in den sozialen Netzwerken läuft eine Kampagne gegen den früheren Präsidenten. Selbst der ehemalige Präsident Mahmud Ahmadinedschad verlangt, Rohani solle vor Gericht gestellt werden, weil er „für das Blutvergießen unschuldiger Menschen verantwortlich ist, das Volk beleidigt und dem Ansehen des Staates großen Schaden zugefügt hat.“

Die Agentur Fars berichtete, mehr als 500.000 Personen hätten ein Schreiben unterschrieben, in dem ein Prozess gegen Rohani gefordert werde. Darin werde ihm unter anderem vorgeworfen, die nationale Währung entwertet, Arbeitsplätze vernichtet, Spione fremder Staaten in Schlüsselpositionen beschäftigt, die Corona-Epidemie weitverbreitet und damit den Tod zahlreicher Menschen in Kauf genommen zu haben und dergleichen mehr.

Das Schicksal Rohanis ist ungewiss. Es ist auch nicht klar, welche Rolle er in Zukunft zu spielen gedenkt. Will er sich in politische Angelegenheiten einmischen oder, wie er im staatlichen Fernsehen gesagt hat, sich mehr kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten widmen? Jedenfalls ist ihm seitens des Revolutionsführers bislang kein neuer Job angeboten worden.

Drei Anklagen gegen Rohani liegen bereits bei der Staatsanwaltschaft vor. Es ist ungewiss, wann und ob es überhaupt zu einem Prozess kommen wird. Rohani hatte in den

letzten Tagen seiner Regierung erklärt, er habe, um die Einheit des Volkes zu wahren, über manches, was gesagt werden könnte, geschwiegen. Vielleicht könnte ein Prozess gegen ihn eine Gelegenheit bieten, das Ungesagte zu sagen. Vielleicht wird aber auch gerade deswegen kein Prozess gegen ihn stattfinden.

## HAUSPUTZ IM AUßENMINISTERIUM

Anfang September machten zwei Nachrichten aus dem Teheraner Außenministerium Schlagzeilen. Die erste war über eine Vereinbarung zwischen Iran und der Internationalen Atombehörde (siehe Seite 11 ff), was darauf deutete, dass Iran zur Fortsetzung der Atomverhandlungen gewillt sei. Die zweite Nachricht war die Ernennung eines der entschiedensten Gegner des Atomabkommens zum Leiter der iranischen Delegation bei den Verhandlungen in Wien. Demnach soll künftig nicht mehr Abbas Araghtschi, sondern Ali Bagheri Kani die Verhandlungen in Wien führen.

Bagheri war bislang Vizejustizchef, zuständig für internationale Angelegenheiten und Menschenrechte. Zuvor war er Stellvertreter des Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrats. Damals bezeichnete er das Atomabkommen von 2015 als „Kompromiss mit dem Westen“. Das Abkommen werde die nuklearen Errungenschaften Irans zunichtemachen, sagte er. Später bezeichnete er die Verhandlungen mit den Europäern als „Sargnagel für das iranische Atomprogramm“.

Die Frage ist nun, was mit der Ernennung Kanis zum Verhandlungsführer bezweckt wird und welche Wirkung sie auf die Verhandlungen haben wird. Kann es mit ihm ein neues Abkommen geben?

Zwar werden, wie allgemein bekannt, außenpolitische Entscheidungen nicht im Außenministerium getroffen, sondern beim Revolutionsführer. Dennoch spielen die Personen, die die Verhandlungen führen, eine wichtige Rolle.

Kani ist 58 Jahre alt und verfügt über außenpolitische Erfahrungen. Er hat in Teheran Volkswirtschaft studiert, an der Imam Sadegh Universität, deren Rektor sein einflussreicher Onkel Mohammad Resa Kani war. Diese Verwandtschaft hat ihm den Weg zu einer raschen Karriere geebnet, zumal auch sein Bruder mit einer der Töchter des Revolutionsführers Ali Chamenei verheiratet ist. Vielleicht ist deshalb seine Ernennung auch für den Revolutionsführer beruhigend. Er kann sich gewiss sein, dass Kani bei den Verhandlungen in seinem Sinne vorgehen wird.

Die Sichtweise Kanis ist völlig anders als die des früheren Außenministers Mohammad Dschawad Sarif oder des bisherigen Verhandlungsführers Araghtschi. Im vergangenen Jahr sagte Kani einmal im Fernsehen: „Die Europäer sind nichts anderes als der verlängerte Arm der USA. Ich wundere mich, dass einige das Gesicht der Europäer weißwaschen wollen.“ In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Tasnim sagte er: „Meiner Ansicht nach basiert das Atomabkommen nicht auf einer Entscheidung des Revolutionsführers. Er hatte einige rote Linien gesetzt, über die unsere Verhandlungsführer sich hinweggesetzt haben.“

Bevor Hossein Amir-Abdollahian von Präsident Raisi zum Außenminister ernannt wurde, war Kani für diesen Posten im Gespräch. Nun kann er vielleicht als Verhandlungsführer in Wien außenpolitisch eine wichtigere Rolle spielen als der Minister. Es ist davon auszugehen, dass er eine neue Verhandlungsdelegation, bestehend aus Gleichgesinnten, bilden wird.

Neben Kani ernannte Amir-Abdollahian Mehdi Safari zum Vizeaußenminister für den Bereich Wirtschaftsbeziehungen. Safari war Irans Botschafter in Österreich, Russland und China. Er war an Verhandlungen über die Rechte über das Kaspische Meer beteiligt.

Weiterhin wurde Mohammad Fathali, früherer Botschafter in Libanon und Usbekistan, zum Vizeaußenminister für den Bereich Verwaltung und Finanzen ernannt.

### **LARIDSCHANI LEGT SEIN AMT ALS MITGLIED DES WÄCHTERRATS NIEDER**

Bereits im Zuge der zurückliegenden Präsidentschaftswahlen hatte sich Sadegh Amoli Laridschani mit den Entscheidungen des Wächterrats unzufrieden gezeigt und seine Unzufriedenheit auch öffentlich mitgeteilt. Er hatte unter anderem die Ablehnung einiger Bewerber, insbesondere die seines Bruders Ali Laridschani, scharf kritisiert. Deswegen war er auch nicht bereit, Raisis Wahlsieg zu bestätigen.

Der Wächterrat gehört zu den wichtigsten Institutionen der Islamischen Republik. Er besteht aus 12 Mitgliedern. Sechs von ihnen sind Geistliche, die vom Revolutionsführer ernannt werden. Die anderen sechs Mitglieder sind Juristen, die vom Justizchef vorgeschlagen und vom Parlament bestätigt werden. Der Rat, ohne dessen Zustimmung kein vom Parlament verabschiedetes Gesetz in Kraft treten kann, hat unter anderem die Aufgabe, die Eignung der Bewerber bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu überprüfen und über ihre Zulassung zu entscheiden. Diese Aufgabe ist politisch brisant, weil sie Einflussnahmen auf Wahlen geradezu anbietet. Tatsächlich hat der Wächterrat, dessen Mitglieder fast ausschließlich dem Lager der Konservativen und Ultras angehören, bei jeder Wahl durch seine Auswahl der Bewerber die Weichen festgelegt. Die Auswahl war bei den letzten Präsidentschaftswahlen so auffällig, dass das Wahlergebnis bereits Wochen vor der Wahl feststand; Grund genug für die Mehrheit der Wähler/innen, den Wahlurnen fernzubleiben.

Zwar gehört Sadegh Laridschani selbst dem Lager der Konservativen an. Schließlich war er über längere Jahre Justizchef und stand dem Revolutionsführer sehr nah. Er wurde sogar als dessen Nachfolger gehandelt. Aber selbst ihm schien dieses Mal die Manipulation zu offensichtlich zu sein. Sein Amt als Vorsitzender des Schlichtungsrats hat er bisher nicht aufgegeben.

Ein anderes Mitglied des Wächterrats, Mohammad Dehghan, wurde von Raisi zum Vizepräsident für Justizangelegenheiten ernannt. Dehghan ist 59 Jahre alt und studierter Jurist. Er wurde vor zwei Jahren, als Raisi Justizchef war, von ihm als Mitglied des Wächterrats vorgeschlagen. Zuvor war er Abgeordneter im Parlament. Auch er gehört dem konservativen Lager an und steht der Fraktion der „Prinzipientreuen“ nahe. Bei den Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren hatte er den Kandidaten Mohammad Bagher Ghalibaf unterstützt. Ghalibaf ist derzeit Präsident des Parlaments.

### **KAMPF GEGEN OPPOSITIONELLE KURDEN**

Die wichtigste Forderung, die Iran beim Besuch des irakischen Präsidenten in Teheran an Bagdad stellte, war die Entwaffnung und Ausweisung oppositioneller iranischer Kurden, die sich in den Grenzgebieten zwischen Iran und Irak aufhalten. Ali Schamchani, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, bat Ministerpräsident Mustafa Al-Kadhimi bei ihrem Treffen, entschlossen gegen die iranischen Kurden in den Grenzgebieten vorzugehen.

Al-Kadhimi war am 12. September zu Gesprächen mit der iranischen Führung nach Teheran gekommen, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen Bagdad und Teheran weiter auszubauen und Fragen der Sicherheit im Nahen Osten zu klären.

Bagdad versucht seit geraumer Zeit, seine diplomatischen Aktivitäten zu verstärken. Unter anderem versucht Al-Kadhimi, zwischen Teheran und Riad zu vermitteln. (siehe Seite 18) Ziel der irakischen Regierung sei, sich als eine regionale Macht „strategisch für Sicherheit

und Stabilität der Region und Freundschaft und Kooperation zwischen den Nachbarländern“ einzusetzen, um damit „die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden“ zu sichern, sagte Al-Kadhimi vor seiner Abreise nach Teheran.

Die iranische Nachrichtenagentur Isna meldete, laut Präsident Raisi hätten Irak und Iran beschlossen, die Visapflicht für beide Staaten aufzuheben. Die iranische Regierung hatte diese Maßnahme bereits beschlossen. Nun habe auch Irak seine Zustimmung erteilt. Demnach können sich Angehörige beider Staaten 45 Tage lang ohne Visum im Nachbarland aufhalten.

Bei seinem Treffen mit Al-Kadhimi beklagte sich Schamchani über die „zunehmenden Provokationen“ irakischer Kurden, die er als „besorgniserregend“ bezeichnete. Sie gefährdeten die Sicherheit der Grenzregion, sagte er. Bereits zuvor hatte Schamchani Irak aufgefordert, die „Provokateure zu entwaffnen und sie aus Irak auszuweisen“, sonst sehe sich Teheran gezwungen, selbst tätig zu werden.

Kürzlich warnte der Oberkommandierende der Bodentruppen der iranischen Revolutionsgarden iranische Kurden, die Autonomieregion des irakischen Kurdistan als Schutzschirm auszunutzen. Tatsächlich haben einige iranische Kurden in den Autonomiegebieten Stützpunkte aufgebaut. Sie warnten ihrerseits, Teheran werde die Verantwortung für zivile Opfer übernehmen müssen. Grund dieser Erklärung waren gezielte Angriffe iranischer Streitkräfte auf diese Stützpunkte.

Am 19. September erklärte der Oberkommandierende der iranischen Streitkräfte, Mohammad Hossein Bagheri: „Wir werden unsere Angriffe gegen konterrevolutionäre Gruppen, die sich im Nachbarland Irak aufhalten, fortsetzen. Wir werden Provokationen aus dieser Region nicht mehr dulden.“ Auch er forderte die kurdische Autonomieregierung auf, den „Konterrevolutionären“ keinen Schutz zu bieten, sie zu entwaffnen und aus dem Irak auszuweisen.

Einige irakische Zeitungen berichteten, dass der Flughafen in Erbil, der Hauptstadt des autonomen Kurdistan, wo sich auch amerikanische Militärs aufhalten, von iranischen Drohnen angegriffen worden sei.

### **CHAMENEI BEZEICHNET SPORTLER ALS LANDESVERRÄTER**

Revolutionsführer Ali Chamenei erklärte am 18. September vor einer Versammlung von Sportlern, die bei den diesjährigen olympischen und paraolympischen Spielen in Tokio Medaillen gewonnen hatten, einige Sportler seien „Vaterlandsverräter“, sie hätten sich „verkauft“. Es gebe „gesunde und ungesunde“ Medaillengewinner. Zu den „ungesunden Gewinnern“ gehörten jene, die durch Bestechungen, politische Machenschaften, Doping, aber auch durch „Vaterlandsverrat“ und „Selbstverkauf“ ihren Sieg errungen hätten. Gemeint sind wohl Sportler und Sportlerinnen, die unter der Fahne anderer Länder an den olympischen Spielen teilgenommen hatten.

Tatsächlich waren fünf iranische Sportler/innen unter der Fahne eines anderen Landes angetreten. Said Mollai, der eine Silbermedaille gewann, war unter der Fahne der Mongolei marschiert. Die Taekwondoin Kimia Alisadeh konnte zwar keine Medaille gewinnen, bezwang aber ihre iranische Gegnerin. Als sie sich außerhalb des Landes befand, sagte sie: „Ich gehöre zu den Millionen iranischer Frauen, die unterdrückt werden. Man hat mich jahrelang herumkommandiert und meine Medaillen den Verdiensten der Manager und Organisatoren und meiner islamischen Kleidung zugerechnet.“

Die meisten Sportlerinnen und Sportler, die unter fremden Fahnen antraten, begründeten dies mit den staatlichen Vorschriften und Zwängen, also mit Einschränkungen, die ihnen auferlegt wurden und beim Einsatz ihrer sportlichen Fähigkeiten hinderlich waren, zum

Beispiel das Verbot, an Wettkämpfen gegen israelische Staatsbürger teilzunehmen. Bekannt sind einige Fälle, bei denen Sportler angewiesen wurden, einen Kampf zu verlieren, um eine Begegnung mit einem israelischen Staatsbürger zu vermeiden.

Dazu meinte Chamenei: „Ein stolzer iranischer Sportler kann nicht wegen einer Medaille Vertretern eines verbrecherischen Regimes die Hand reichen und damit sie und ihren Staat anerkennen.“ Die Verantwortlichen für den Sport und die Sportler selbst sollten niemals diesen Grundsatz missachten. Das Außenministerium, das Sportministerium und die Organe der Justiz sollten die Sportler, sogar jene aus anderen islamischen Staaten, dabei unterstützen.

Den „Vaterlandsverrätern“ stellte Chamenei „wertvolle Helden“ gegenüber, die „ihrem Team den Namen eines großen Märtyrers wie (General Ghassem) Soleimani verleihen, ihre Medaillen den Märtyrern widmen, die islamische Kleidungs Vorschriften einhalten, die insbesondere beim Tragen der Fahnen Schleier tragen, die unterlegene Gegner umarmen und ihre islamische und iranische Identität bei jeder Gelegenheit zum Vorschein bringen.“ Chamenei betonte, iranische Frauen hätten bei den olympischen Spielen in Tokio bewiesen, dass die islamische Kleidung bei den Wettkämpfen nicht hinderlich sei.

### AKADEMIKERIN ZUR VIZEPRÄSIDENTIN ERNANNT

Einer Meldung der Nachrichtenagentur Isna zufolge wurde die Akademikerin Ansieh Chasali zur Vizepräsidentin für Frauen- und Familienangelegenheiten ernannt. Chasali ist 58 Jahre alt, sie ist die einzige Frau in der neuen Regierung. Im Gegensatz zu Ministerinnen und Ministern, die vom Parlament bestätigt werden müssen, reicht für Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen die Ernennung durch den Präsidenten.

Chasali gilt als erzkonservativ. Sie hat arabische Sprache und Literatur studiert, war danach an mehreren Universitäten als Dozentin tätig und eine Zeit lang als Dekanin an der Frauenuniversität Al-Sahra in Teheran tätig. Sie hat mehrere Bücher über islamische Themen veröffentlicht. Politisch war Chasali bisher nicht tätig. Emanzipatorische Pläne in Bezug auf Frauenrechte sind von ihr nicht zu erwarten.

### NEUER SEKRETÄR DES SCHLICHTUNGSRATS

Am 20. September wurde General Mohammad Bagher Solghadr zum neuen Sekretär des Schlichtungsrats ernannt. Er folgt auf Mohssen Resai, der mehr als zwei Jahrzehnte dieses Amt innehatte. Resai wurde von Präsident Raisi zum Vizepräsidenten, zuständig für Wirtschaft, ernannt.

Solghadr gehörte zu den Befehlshabern der Revolutionsgarden. Er war der Gründer der Garde Ramesan, einer Abteilung der Revolutionsgarden, die für Auslandseinsätze zuständig war. Sie wurde später in Al-Kuds-Brigade umbenannt. Der 67-jährige Solghadr gehörte gemeinsam mit Resai einer Untergrundorganisation an, die vor der Revolution bewaffnet gegen das Schah-Regime kämpfte. Nach der Revolution war er für die Ausbildung von Revolutionsgardisten verantwortlich. Danach wurde er Befehlshaber für asymmetrische Kriege. Seine Karriere setzte er als Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Revolutionsgarden fort. Nach acht Jahren in dieser Funktion wurde er in der Regierungszeit von Mahmud Ahmadedschad Vizeinnenminister, zuständig für Sicherheitsangelegenheiten. Doch nach zwei Jahren legte er wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten sein Amt nieder.

Bemerkenswert bei seiner Ernennung zum Sekretär des Schlichtungsrats ist, dass er nicht wie sonst üblich vom Revolutionsführer ernannt wurde, sondern vom Vorsitzenden des Schlichtungsrats Sadegh Laridschani.

## MYSTERIÖSER TOD VON SCHAHIN NASSERI IM GEFÄNGNIS

Am 21. September berichteten die Nachrichtenagentur Herana und der Verein der Menschenrechte in Iran, dass der Gefangene Schahin Nasseris in einer Einzelzelle im Gefängnis gestorben sei. Der Tod des Gefangenen sei äußerst mysteriös, hieß es. Offiziell sei die Familie des Gestorbenen nicht benachrichtigt worden. Sein Bruder habe die Nachricht von einem Mitgefangenen erhalten.

Nasseris war im Zusammenhang mit dem Prozess gegen den bekannten Ringer Navid Afkari als Zeuge von der Staatsanwaltschaft verhört worden. Er hatte bestätigt, dass Afkari während der Haft schwer gefoltert worden sei. Afkari wurde beschuldigt, bei den Unruhen in Schiras 2018 einen Beamten getötet zu haben, was er gänzlich bestritt. Er wurde zum Tode verurteilt und am 12. September vergangenen Jahres hingerichtet.

Wie Herana unter Berufung auf Angehörige Nasseris berichtet, wurde Nasseris wenige Tage vor dem Jahrestag der Hinrichtung Afkaris aus dem Gefängnis herausgeholt und zu einem unbekanntem Ort gebracht. „Wir haben gedacht, dass er zum Geheimdienst gebracht worden sei“, erzählten die Angehörigen. „Er wurde zuvor mehrmals zu den Sicherheitsorganen gebracht, wo er angewiesen wurde, über den Fall Afkari zu schweigen. Doch dann stellten wir fest, dass er in eine andere Zelle des Gefängnisses gebracht worden war. Nasseris hat keine Beschwerden gehabt. Sein Tod kam ganz plötzlich.“

Die Justiz bestritt, dass Nasseris die Folterungen Afkaris bezeugt habe. Er sei nicht verschwunden, er sei lediglich in eine andere Abteilung verlegt worden. Den Angaben der Justiz zufolge ist Nasseris ein Handelsfachmann. Es wird behauptet, der Mann sei ein „professioneller Betrüger“. Er wurde in der Stadt Ghaswin festgenommen und nach Schiras gebracht.

Nasseris hatte geschildert, wie er Afkari schreien gehört und mit eigenen Augen gesehen habe, wie er von zwei Sicherheitsbeamten zusammengeschlagen wurde. Er hatte schriftlich grauenhafte Szenen von Folterungen geschildert. „Ich habe dreimal bei der Staatsanwaltschaft meine Beobachtungen geschildert. Der Staatsanwalt fauchte mich an und sagte, du mischst dich in einen Sicherheitsfall ein. Ich werde dich fertigmachen, werde die Sicherheitsbeamten auffordern, gegen dich wegen Falschaussage zu klagen. Wenn du das, was du gesehen haben willst, weitererzählst, werden wir deine Frau herholen und du kannst dir denken, was wir mit ihr machen werden.“

Nasseris durfte trotz Bitten Afkaris nicht als Zeuge beim Prozess gegen ihn aussagen. Der Justizchef der Provinz Fars, Kasem Mussawi, erklärte nach dem Verschwinden Nasseris, es sei unmöglich, dass Nasseris Afkari gesehen haben könnte. Er warf den Medien vor, dass sie sich auf die Aussagen eines Betrügers verlassen.

Am 22. September wurde die Familie offiziell über den Tod Nasseris informiert. Seine Leiche sei dem Gerichtsarzt übergeben worden, hieß es. Gründe für seinen Tod wurden nicht genannt. Auf eine Anfrage der Nachrichtenagentur Ilna sagte Generalstaatsanwalt Mohammad Dschafar Montaseri: „Fragen Sie die Verantwortlichen im Gefängnis. Die werden Ihnen die nötigen Informationen geben.“

Der Verein für Menschenrechte in Iran berichtete, Nasseris sei wegen seiner Zeugenaussage unter ständigem Druck gewesen. „Er hatte zum Jahrestag des Todes von Afkari ein Schreiben verfasst, das er uns am Telefon vorlesen wollte. Aber er wurde von Sicherheitsbeamten daran gehindert und in eine Einzelzelle gesperrt“, berichtet der Verein. Am 23. September bestätigte die Justiz offiziell den Tod Nasseris. Er habe die medizinische Abteilung des Gefängnisses aufgesucht. Alle Bemühungen des Personals, sein Leben zu retten, seien vergeblich gewesen. Er sei nach 45 Minuten gestorben, hieß es in der Erklärung der Justiz. Die Todesursache werde von der Gerichtsmedizin untersucht.

## **NARGES MOHAMMADI WEIGERT SICH, INS GEFÄNGNIS ZU GEHEN**

Die international bekannte Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi hat am 26. September auf Instagram bestätigt, dass sie erneut zum Haftantritt aufgefordert worden sei. Sie werde aber der Aufforderung nicht Folge leisten. Sollte sie mit Gewalt zum Haftantritt gezwungen werden, werde sie im Gefängnis dagegen protestieren.

Sie hatte das Urteil im Juni bekommen, hatte aber von Anfang an immer wieder erklärt, dass sie den Prozess nicht anerkenne und das Urteil als „unverschämt und ungerecht“ empfinde. Das Urteil lautet: 80 Peitschenhiebe, 30 Monate Gefängnis und zwei Geldstrafen. Sie habe an keiner Gerichtsverhandlung teilgenommen, habe auch keinen Anwalt genommen.

Das Urteil wurde zum einen begründet mit ihrem Streik im Gefängnis gegen die brutale Niederschlagung der Proteste im November 2019 und zum anderen mit ihrem Protest, als sie vom Teheraner Evin-Gefängnis in das Gefängnis nach Sandschan gebracht wurde. Mohammadi ist Vizevorsitzende des Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran. Wegen ihrem Einsatz für Menschenrechte und gegen die Todesstrafe wurde sie in den vergangenen 20 Jahren dreimal mit Gefängnis bestraft, zuletzt verbrachte sie achteinhalb Jahre in der Haft.

Sie schreibt, ihre Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte und ihre Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen seien völlig legal und gehörten zu den in der Verfassung verankerten Rechten. „Niemand kann uns davon abhalten, diese Rechte wahrzunehmen“, schreibt sie.

## **KEINE AUSSICHT AUF ENDE DER CORONA-PANDEMIE**

Anfang September gab das Teheraner Gesundheitsministerium die Zahl der Neuinfizierten innerhalb von 24 Stunden mit mehr als 30.000 an. Demnach waren seit Beginn der Epidemie bis zum 2. September insgesamt 5.055.512 Menschen mit dem Coronavirus infiziert worden. Die Gesamtzahl der infolge der Krankheit Verstorbenen lag bei 109.000.

Die Delta-Variante des Coronavirus hatte in den Wochen zuvor die Zahl der Infizierten und Toten drastisch in die Höhe getrieben. Wegen der Wirtschaftskrise, Sanktionen und vor allem Missmanagement ging die Impfung nur schleppend voran. Anfang September waren nur 11 Prozent der 83 Millionen zählenden Bevölkerung geimpft.

Dennoch rief der neue Gesundheitsminister Bahram Einollahi aus: „Seid beruhigt, wir haben 21 Millionen Impfdosen auf Lager. Morgen werden acht Millionen Dosen und am nächsten Sonntag weitere zehn Millionen Dosen eintreffen. Bis Ende dieses Monats werden wir 40, vielleicht auch 50 Millionen Dosen zur Verfügung haben.“

Als die fünfte Corona-Welle im Juli begann, waren in Iran weniger als fünf Prozent der Bevölkerung geimpft. Die fünfte Welle trieb die Zahl der Opfer in die Höhe, so weit, dass selbst Revolutionsführer Ali Chamenei, der die Einfuhr von Impfstoffen aus den USA, Großbritannien und Frankreich verboten hatte, sich dazu gezwungen sah, das Verbot aufzuheben. „Importiert so viele Impfstoffe wie möglich, egal aus welchem Land“, sagte er.

Parallel zur Zunahme der Opferzahlen verbreiten sich auch Aberglauben und unsinnige Heilmethoden. Selbst einige Medien leisten der Verbreitung Vorschub. Sogar im Parlament wurde die Gründung einer „Organisation für islamisch-iranische Medizin“ und „Organisation für ergänzende Medizin“ beantragt. In einem Antrag der Konservativen wurde die Gründung von mehr als 3000 Praxen gefordert, die „iranisch-islamische Medizin“ anbieten.

Dieser Umstand forderte den Protest medizinischer und wissenschaftlicher Instanzen heraus. 75 Leiter medizinischer und wissenschaftlicher Einrichtungen schickten ein Schreiben an den Parlamentspräsidenten Mohammad Bagher Ghalibaf, in dem sie gegen die „Verbreitung irrgläubiger Vorstellungen, die einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten“ protestierten. Zugleich betonten sie, dass sie pflanzliche Medikamente oder Heilmethoden unterstützen, deren Wirkung wissenschaftlich nachgewiesen worden sei. In dem Brief heißt es weiter, Nichtmediziner dürften unter keinen Umständen Krankheiten diagnostizieren und Heilverfahren anbieten, weder eine sogenannte iranisch-islamische noch eine traditionelle Medizin.

Am 13. September erklärte das Teheraner Außenministerium, gegen die Einfuhr der Impfstoffe von Pfizer und Moderna gebe es keine roten Linien. Ministeriumssprecher Said Chatibsadeh sagte: „Um den Bedarf der Bevölkerung an Impfstoffen zu decken, haben wir keine roten Linien. Wir haben beim Import von Rohstoffen nie rote Linien gehabt und werden auch keine haben.“ Verantwortlich für den Import sei das Gesundheitsministerium gewesen und das Außenministerium habe alle seine Möglichkeiten dem Gesundheitsministerium zur Verfügung gestellt. Zugleich sagte Gesundheitsminister Einollahi: „Wir werden die besten Impfstoffe selbst entwickeln und sie industriell herstellen. Damit werden wir auf Import von Impfstoffen nicht mehr angewiesen sein.“

Ein Untersuchungsausschuss des Parlaments hat die Verantwortlichen des Gesundheitsministeriums, die nach dem Regierungswechsel nicht mehr im Amt sind, bezichtigt, den Import von Impfstoffen „politisiert“ zu haben und die Justiz aufgefordert, die Angelegenheit zu überprüfen. „Die Frage ist, warum unter der früheren Regierung die Impfung so zögerlich voranging und nach dem Regierungswechsel alles reibungslos verläuft?“, sagte der Abgeordnete Mussa Ghasanfarabadi.

Tatsächlich zeigte sich laut Angaben des Gesundheitsministeriums seit dem Regierungswechsel eine Entspannung. Die Fallzahlen seien im Vergleich zu vier Wochen zuvor nicht nur nicht gestiegen, sondern auch merklich zurückgegangen, und zwar von mehr als 700 Toten pro Tag auf 350 Tote pro Tag. Bei den Neuinfizierten sei der Rückgang noch auffälliger, nämlich von 50.000 auf 13.000, hieß es. Wie weit die Angaben stimmen, kann nicht überprüft werden.

Richtig ist, dass die Impfungen durch größere Importe nun rascher vorangehen. Im September wurden bis Mitte des Monats 700.000 bis 1,5 Millionen Impfungen verabreicht. Am 24. September erklärte Gesundheitsminister Einollahi, der Import des Pfizer-Impfstoffs sei sehr beschränkt und nur für schwangere Frauen bestimmt. Am 25. September kündigte Präsident Raisi enthusiastisch an: „Wir werden innerhalb der nächsten drei bis vier Tage die Zahl der Geimpften auf 70 Prozent der Bevölkerung erhöhen.“ Er verriet aber nicht, wie er dieses Wunder vollbringen wollte.

Am 28. September gab das Tourismusministerium in Teheran bekannt, dass ab November geimpfte ausländische Tourist/innen wieder nach Iran einreisen dürften. Die Einreiseerlaubnis könne auch bei der Einreise ausgestellt werden.

---

## KULTUR

---

Drei iranische Autoren vom PEN-Zentrum USA ausgezeichnet / Rap-Sänger Tumadsch Salehi verhaftet und wieder freigelassen

---

### DREI IRANISCHE AUTOREN VOM PEN-ZENTRUM USA AUSGEZEICHNET

Das PEN-Zentrum der USA (PEN America) hat auf seiner Jahresversammlung drei iranische Schriftsteller, die sich im Gefängnis befinden, mit einem Preis ausgezeichnet, der

verfolgten Autoren oder Autorinnen verliehen wird, die sich in besonderer Weise für die Freiheit der Meinungsäußerung eingesetzt haben.

Die drei Autoren, Bektasch Abtin, Keywan Bajan und Resa Chandan wurden im vergangenen Jahr wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik und Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit Irans“ festgenommen. Abtin und Chandan wurden zu je sechs Jahren und Bajan zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Im vergangenen März infizierte sich Abtin mit dem Coronavirus. Ein Foto, das in den sozialen Netzwerken verbreitet wurde, zeigte ihn mit gefesselten Füßen und Gefängniskleidung auf einem Holzbett liegend.

Suzanne Nossel, Vorsitzende des US-PEN-Zentrums, sagte: Die Auszeichnung der drei Autoren, deren einzige Waffe das Denken ist, wirft ein Licht auf ein Regime, das, um seine Macht zu erhalten, vergeblich versucht, das selbständige Denken zu verbieten.“

### **RAP-SÄNGER TUMADSCH SALEHI VERHAFTET UND WIEDER FREIGELASSEN**

Der bekannte kritische Rap-Sänger Tumadsch Salehi, der besonders durch seine Lieder wie „Normales Leben“ und „Mauseloch“ eine große Popularität erlangt hat, wurde am 12. September, nach Durchsuchung seiner Wohnung durch Sicherheitsbeamte, zu einem unbekanntem Ort gebracht.

Die Nachrichtenagentur Herana schreibt unter Hinweis auf eine „sichere Quelle“: „Zwölf Sicherheitsbeamte waren mit vier Fahrzeugen gekommen, um den Sänger mitzunehmen. Sie durchsuchten die Wohnung und nahmen einige Unterlagen und Gegenstände mit.“ Dem Bericht zufolge hatte Salehi wenige Tage zuvor in seinem Account eine bevorstehende Festnahme vermutet. Eine offizielle Begründung der Festnahme des aus Isfahan stammenden Sängers gab es nicht.

Salehi äußerte in seinen Liedern, die auf Instagram verbreitet wurden, seine Wut und Unzufriedenheit mit der Lage des Landes. Auch auf Twitter war er präsent. In dem Lied „Mauseloch“ beschimpft er all jene, die die Islamische Republik unterstützen. „Wenn du einen Mord ignorierst, bist du selbst ein Mörder. Um einen Mord zu ignorieren, musst du über Blutspuren schreiten. Das System begnügt sich nicht damit, dass du den Mord hinnimmst. Es gibt in diesem Land so viele Gefängnisse, dass ihr alle reinpasst.“ Salehi protestiert gegen Unrecht, Korruption, Unterdrückung. Eigenen Angaben zufolge arbeitet er in einer Metall verarbeitenden Fabrik. Er gilt vor allem als Sprachrohr von Jugendlichen, deren „Schreie“ ungehört bleiben.

Rap-Gesänge sind in den letzten Jahren in Iran, vor allem unter Jugendlichen, populär geworden und spielen nicht nur kulturell, sondern auch politisch eine wichtige Rolle. Die Festnahme Salehis löste in Iran, aber auch im Ausland, heftige Proteste aus. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International forderte die sofortige Freilassung des „Künstlers, der festgenommen wurde, nur weil er von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat.“ Die Kampagne für Menschenrechte in Iran schrieb: „Die freie Meinungsäußerung wird in der Verfassung der Islamischen Republik nicht als Straftat betrachtet. Aber ständig werden Menschen festgenommen und bestraft, weil sie von diesem Recht Gebrauch machen. Auch Salehi wurde deswegen festgenommen.“

Den iranischen Medien zufolge wurde Salehi am 21. September wieder freigelassen.

---

## WIRTSCHAFT

---

Stromausfall im Sommer, Gasausfall und Luftverschmutzung im Winter / 35 Prozent weniger Nahrungsmittelabsatz im ersten Halbjahr / Atomkonflikt eskaliert wieder

---

### STROMAUSFALL IM SOMMER, GASAUSFALL UND LUFTVERSCHMUTZUNG IM WINTER

Der massive Ausfall des Stroms in den Sommermonaten, der Krankenhäuser und Fabriken immer wieder lahmlegte und das Alltagsleben für die Menschen zu einer Plage machte, dauert noch an. Hinzu kam das Wüten der Epidemie, zu deren Bewältigung die Regierung sich unfähig zeigt. Die neue Regierung versucht nun, den Stromausfall in den Privathäusern zu reduzieren, um die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu mildern. Dafür wurde die Last mehr auf die Schultern der Industrie gelegt, was einen sprunghaften Anstieg der Preise zufolge hatte.

Es gibt verschiedene Gründe für den massiven Stromausfall. Allgemein gesagt liegen diese zum einen darin, dass die Energieerzeugung immer weniger dem Bedarf des Landes entspricht. Zum anderen haben alle Pläne und Ankündigungen, erneuerbare Energien zu erzeugen, bislang das Papier, auf dem sie geschrieben wurden, nicht verlassen, obwohl Iran ein großes Potential für die Energieerzeugung durch Sonne, Wind und auch Wasser besitzt. Derzeit beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Energieerzeugung nur ein Prozent.

Aller Voraussicht nach werden sich die Stromausfälle auch im Winter fortsetzen. Darüber hinaus wird wie in jedem Winter die schmutzige Luft, vor allem in den Städten, zu einer zusätzlichen Plage für die Menschen werden. Damit nicht genug. Fachexpert/innen äußern die Befürchtung, dass auch Heizöl und Heizgas nicht ausreichend vorhanden sein werden. All dies könnte zu weitreichenden Protesten führen.

### 35 PROZENT WENIGER NAHRUNGSMITTELABSATZ IM ERSTEN HALBJAHR

Ghassem Ali Hassani, Vorsitzender des Lebensmittelverbands, sagte in einem Interview mit der Tageszeitung Hamschahri am 8. September: „In den fünfeinhalb Monaten dieses Jahres (das iranische Jahr beginnt am 21. März) haben wir 35 Prozent weniger Nahrungsmittel abgesetzt als im gleichen Zeitraum im vergangenen Jahr.“ Die Gründe dafür seien die Teuerung der Preise und der Ausfall von Hochzeits- und Trauerfeiern wegen der Corona-Epidemie. Zu der Teuerung der Preise sagte Said Derachschi, Vorsitzender des Verbands der Supermarktbesitzer: „Die Produzenten erhöhen die Preise, dementsprechend erhöhen wir die Kaufpreise. Einige unserer Mitglieder stehen vor dem Ruin. Je höher die Preise, desto schwächer wird der Kaufpreis. Die Teuerung der Preise bringt für die Verkäufer nicht mehr Gewinn, der bei zehn Prozent bleibt.“

Der hohe Anstieg betrifft in erster Linie die Preise für Gemüse, Eier und Milchprodukte. Offiziellen Angaben zufolge erreichte die Inflationsrate in den vergangenen 12 Monaten die Höhe von 45,2 Prozent. Die höchste Teuerungsrate erreichten mit 86 Prozent Speisefett und Speiseöl. Milch, Zucker, Transport und Möbel wurden um 40 Prozent teurer.

### ATOMKONFLIKT ESKALIERT WIEDER

Die Atomverhandlungen, die im April aufgenommen wurden, um das Abkommen von 2015 neu zu beleben, gerieten wegen der Präsidentschaftswahlen in Iran ins Stocken. Der neue iranische Außenminister Hossein Amir Abdollahian sagte am 1. September im staatlichen Fernsehen, alle an dem Abkommen beteiligten Staaten wüssten sehr wohl, dass die neue

Regierung einige Zeit benötige, um die Arbeit der vergangenen Regierung fortsetzen zu können. Es werde also noch zwei bis drei Monaten dauern, bis die Regierung für die Rückkehr zum Verhandlungstisch vorbereitet sei. „Wir versuchen nicht, vom Verhandlungstisch wegzulaufen“, sagte der Minister.

Am 5. September erklärte der neue Präsident Ebrahim Raisi, Iran sei zu Verhandlungen bereit, aber nicht unter dem Druck, den der Westen auszuüben versuche. „Wir wollen zielgerichtete Verhandlungen, damit die Sanktionen gegen das iranische Volk aufgehoben werden“, sagte er.

Am 9. September erklärte Chatibsadeh: „Die begonnenen Verhandlungen zur Umsetzung des Wiener Abkommens von 2015 werden wir definitiv fortsetzen.“ Ein genaues Datum nannte er nicht. Er lobte Irans Zusammenarbeit mit der Internationalen Atombehörde (IAEA), bezeichnete sie als „respektvoll und professionell“ und warnte vor einer Politisierung der Behörde. Das würde negative Auswirkungen auf die Verhandlungen haben, sagte er.

Einem Bericht der IAEA zufolge hat Iran die Menge des angereicherten Urans kräftig aufgestockt. Dabei würden immer modernere und leistungsfähigere Zentrifugen eingesetzt. Inzwischen verfüge das Land über zehn Kilogramm 60-prozentig angereichertes Uran. Für die Produktion von Nuklearwaffen ist 90-prozentiges Uran nötig. Das alles seien eindeutige Verstöße gegen das Abkommen von 2015.

Die Behörde beklagt, dass Iran ihre Fragen seit Jahren unbeantwortet lasse. Generalsekretär Rafael Grossi zeigte sich vor allem besorgt, dass Teheran nicht bereit sei, über vier Standorte Auskunft zu erteilen. Dort seien Spuren von Uran gefunden worden. Irans Präsident Ebrahim Raisi reagierte auf den Bericht erbost. Der Bericht sei kontraproduktiv. Da könne man von Iran keine konstruktive Reaktion erwarten, sagte er den iranischen Medien zufolge am 9. September bei einem Gespräch mit EU-Ratspräsident Charles Michel.

Die USA und die EU zeigten sich verärgert über das Zögern Irans, zum Verhandlungstisch zurückzukehren. „Ich werde kein Datum nennen, aber wir nähern uns dem Punkt, an dem eine strikte Rückkehr zur Einhaltung des Atomabkommens (JCPOA) Vorteile dieses Abkommens nicht mehr abbilden kann“, sagte laut AFP vom 8. September US-Außenminister Antony Blinken bei einem Treffen mit Bundesaußenminister Heiko Maas auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein. Maas stimmte ihm bei. „Zwei oder drei Monate ist ein Zeitraum, der für uns viel zu lang ist. Ich habe den iranischen Außenminister in einem Telefonat aufgefordert, dafür zu sorgen, dass dieser Zeitraum nicht ausgeschöpft wird, sondern dass man schneller an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Wir halten es nach wie vor für möglich, die Verhandlungen, die schon lange stattgefunden haben, auch zu einem positiven Abschluss zu bringen.“ Weiter sagte Maas: „Leider bestätigen sich unsere Befürchtungen, dass es den Anschein hat, dass Iran (...) die Zeit, in der nicht verhandelt wird, nutzt, um weiter gegen Vereinbarungen aus dem Abkommen zu verstoßen.“

Am gleichen Tag hatte Irans Außenminister Abdollahian bei einem Gespräch mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres erklärt, bei den Atomverhandlungen dürften die Realitäten nicht außer Acht gelassen werden. Die Amerikaner seien durch die Fortsetzung von illegalen Sanktionen einem Irrtum verfallen und glaubten, bei den Verhandlungen die Sanktionen als Druckmittel einsetzen zu können. „Alle Teilnehmer, die nach Wien kommen, sollten die Realitäten im Auge behalten und auch Irans Interessen berücksichtigen.“

Demgegenüber warnte Israels neuer Außenminister Jair Lapid bei seinem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow, das Streben Irans, in den Besitz von Atombomben zu gelangen, sei nicht allein eine Angelegenheit Israels, es sei eine Gefahr für die ganze Welt. Es werde in der gesamten Region einen Wettlauf um Nuklearwaffen

hervorrufen. Die Staatengemeinschaft müsse das iranische Regime, den größten Unterstützer des internationalen Terrorismus, „um jeden Preis“ daran hindern, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Sollte das nicht geschehen, werde Israel sich das Recht nehmen, alleine zu handeln, sagte der Minister.

Indes betonte Präsident Raisi bei seinem ersten Fernsehauftritt nach seiner Wahl: „Wir werden nicht um des Verhandels willen verhandeln. Verhandlungen müssen zielgerichtet sein. Unser Ziel ist die Aufhebung der Sanktionen.“

Am 10. September begab sich Grossi nach Teheran. Dort erzielte er eine Übereinkunft zur Überwachungstechnik. Demnach werde den IAEA-Inspekteur/innen wieder erlaubt, die Überwachungsgeräte zu warten und die Festplatten auszutauschen. Die gespeicherten Aufzeichnungen sollen dann versiegelt und aufbewahrt werden. Das ist ein kleiner Schritt, ein kleiner Erfolg, der, wie Grossi nach seiner Rückkehr nach Wien den Journalist/innen sagte, „Zeit für Diplomatie“ gewähre. Allerdings wurde den Inspekteur/innen nicht erlaubt, die gespeicherten Daten auszuwerten. Das werde erst nach Zustandekommen eines neuen Abkommens möglich sein. Sowohl die EU-Mitglieder des Abkommens als auch Russland begrüßten die Vereinbarung. Die Atmosphäre schien sich zu entspannen. Doch die Entspannung dauerte nicht lange.

Bei einer IAEA-Sitzung am 27. September in Wien forderten die USA und die EU Zugang für die IAEA-Inspekteur/innen zu einer Fabrik in Karadsch, in der Nähe von Teheran, in der Zentrifugen-Komponenten hergestellt werden. Teheran lehnte ab. Damit verstoße Teheran gegen eine Vereinbarung, die zwei Wochen zuvor getroffen worden sei, hieß es. Der iranische Botschafter bei der IAEA, Kasem Gharibabadi, erklärte, die Darstellung der USA und EU sei nicht korrekt. Die Fabrik liege außerhalb der getroffenen Vereinbarung, twitterte er. Bei dem Werk handele es sich um die Werkstatt Tessa in Karadsch, die wegen einer Sabotageaktion versiegelt worden sei. Sie bleibe auch weiterhin bis zum Abschluss der Ermittlungen geschlossen.

Demgegenüber zeigte sich die EU „zutiefst“ besorgt. „Das ist eine besorgniserregende Entwicklung“, hieß es. Den Inspektoren müsse „ohne Verzögerung“ der Zugang zu der Fabrik gewährt werden. Eine ähnliche Reaktion kam auch von dem Vertreter der USA, Louis Bono. Falls Teheran sich weiterhin weigere, werde im internationalen Rahmen „über eine angemessene Reaktion beraten.“ Angaben zu der Art der Reaktion machte der Botschafter nicht.

Die Strategie Irans bei dem Atomkonflikt ist schwer durchschaubar. Die jüngste Vereinbarung mit der Atombehörde ist ein Versuch gewesen, die Lage zu entschärfen und nicht eskalieren zu lassen. Eigentlich dürfte die Regierung nicht der Vereinbarung zustimmen. Denn das Parlament hatte beschlossen, sollten bis 21. Februar die Sanktionen nicht aufgehoben worden sein, werde die Einhaltung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag beendet. Das Zusatzprotokoll erlaubt der IAEA, zu jeder Zeit und an jedem Ort, ohne Vorankündigung, Kontrollen durchzuführen. Die Abgeordneten, die diesem Beschluss zugestimmt hatten, hüllten sich nun in Schweigen und der Parlamentspräsident sagte auf die Frage eines Abgeordneten nach dem Inhalt der Vereinbarung, das Thema stehe nicht auf der Tagesordnung, könne also auch nicht zur Diskussion gestellt werden.

Fraglich bei der Vorgehensweise Irans ist auch, warum die Regierung just Vertreter wie Ali Bagheri Kani für die Verhandlungen vorgesehen hat, die zu den schärfsten Gegnern des Atomabkommens gehören und weder den USA noch der EU vertrauen. (siehe S. 3) Das Verhalten Irans scheint widersprüchlich. Die Wahl Kanis zum neuen Verhandlungsführer wird sicherlich die Verhandlungen erschweren. Zugleich macht die Regierung immer wieder kleinere Zugeständnisse, um eine Eskalation, die zu härteren Sanktionen führen würde, zu vermeiden. Auch Frontbildungen sollen vermieden werden, vor allem die zwischen den USA und der EU. Es scheint, dass Iran eine möglichst lange

Verzögerung anstrebt. Denn Iran wird wohl kaum bereit sein, einem neuen Abkommen zuzustimmen, das nicht nur die Reduzierung seines Atomprogramms fordern, sondern auch sein Raketenprogramm und seine Aktivitäten in der Region einschränken würde. Die Staatsführung, nicht die Bevölkerung, scheint bereit zu sein, die Sanktionen weiterhin in Kauf zu nehmen, dafür aber keine Einschränkungen hinzunehmen. Die Frage ist nur, wie lange die USA, die EU und nicht zuletzt Israel diese Verzögerungstaktik noch dulden werden.

---

## AUSSENPOLITIK

---

Iran als Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit aufgenommen / Israel fordert Sofortmaßnahmen gegen Irans Atomprogramm / Raisi wagt es nicht, nach New York zu reisen / Abdollahian trifft Maas und Borrell in New York / Iran und Saudi-Arabien hoffen auf bessere Beziehungen / Angriff auf Pandschir-Tal verurteilt / Amnesty International spricht von 72 Folteropfern in iranischen Gefängnissen

---

### IRAN ALS MITGLIED DER SHANGHAIER ORGANISATION FÜR ZUSAMMENARBEIT AUFGENOMMEN

Offiziellen Angaben zufolge wurde Iran als Mitglied in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) aufgenommen. Bislang hatte Iran Beobachterstatus. Seine mehrmaligen Anträge auf Vollmitgliedschaft wurden stets abgelehnt.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurde 2001 mit dem Ziel gegründet, den islamischen Extremismus zu bekämpfen und die Sicherheit der Region zu gewährleisten. Zu den Mitgliedern gehören neben China und Russland auch Indien, Pakistan und die ehemaligen Sowjetrepubliken Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisistan und Kasachstan. Iran, Afghanistan, Belarus und die Mongolei hatten Beobachterstatus. Irans neuer Außenminister Hossein Amir-Abdollahian bezeichnete die Mitgliedschaft als „strategisch“. Sie werde die vielseitige Zusammenarbeit und die Solidarität zwischen den Nachbarstaaten erheblich intensivieren und stärken. Es sei ein Ausdruck des „Asiazentrismus“.

Der staatlichen Agentur Irna zufolge bedankte sich Irans neuer Präsident Ebrahim Raisi für die Aufnahme. Es war seine erste Auslandsreise, die ihn in die tadschikische Hauptstadt Duschanbe führte.

Zwar wird die Organisation als ein Instrument Chinas zur Expansion bezeichnet, aber zugleich wird sie als eine der wichtigsten internationalen Organisationen betrachtet, auf die der Westen keinen Einfluss hat. Sie könnte sogar als eine Herausforderung westlicher Staaten angesehen werden. Teheran kann die Aufnahme in diese Organisation als einen diplomatischen Sieg für sich verbuchen.

Die Mitgliedschaft in der SCO deutet aber auch auf einen grundsätzlichen Kurswechsel der iranischen Außenpolitik, die gemäß der Verfassung der Islamischen Republik weder vom Osten noch vom Westen abhängig sein sollte. Mit der Mitgliedschaft ist Iran in einen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Block eingebettet, der sich in naher Zukunft als Gegengewicht zu den Westmächten behaupten könnte.

Die Mitgliedschaft erfolgt in einer Zeit, in der das Schicksal des Atomabkommens ungewisser ist als je zuvor. Die von den USA gegen das Land verhängten Sanktionen sind längst nicht aufgehoben. Sie bilden eine große Belastung für die Bevölkerung. Andererseits sind die USA mit ihrem Plan, die Islamische Republik durch „maximalen Druck“ in die Knie zu zwingen und international zu isolieren, gescheitert. Iran kann nun mit

der Gewissheit, Rückendeckung zu erhalten, bei den Atomverhandlungen in Wien radikaler auftreten und härtere Forderungen stellen.

Betrachtet man nun die neue Lage im Nahen und Mittleren Osten und zieht die jüngsten Vorgänge in Afghanistan in Betracht, dann wird eine deutliche Kräfteverschiebung zugunsten Chinas und Russlands sichtbar, was für die Entwicklung der gesamten Region spürbare Folgen haben wird.

### **ISRAEL FORDERT SOFORTMAßNAHMEN GEGEN IRANS ATOMPROGRAMM**

Israels Ministerpräsident Naftali Bennett reagierte auf einen Bericht der Internationalen Atombehörde (IAEA) mit der Forderung nach einer internationalen Reaktion. „Es muss gewährleistet werden, dass Iran nie die Fähigkeit haben wird, Nuklearwaffen herzustellen“, zitierte ihn dpa am 10. September. Israel werde „alles unternehmen, um Iran daran zu hindern.“

Die IAEA hatte kürzlich über den raschen Fortschritt des iranischen Atomprogramms berichtet, über höhere Urananreicherung, den Einsatz von modernen Zentrifugen und dergleichen mehr. (siehe Seite 12) „Israel sieht die in dem Bericht widergespiegelte Lage als äußerst ernst“, erklärte Bennett. Der Bericht zeige, dass „Iran die Welt weiter anlügt und das Programm zur Entwicklung von Atomwaffen fortsetzt.“ Der Bericht sei eine Warnung an die Weltgemeinschaft, endlich zu handeln. Es sei naiv, zu glauben, dass Iran sich durch Verhandlungen bereit erklären würde, einen Kurswechsel vorzunehmen. Nur ein entschlossenes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft könne „das Regime in Teheran, das jegliche Zurückhaltung verloren hat, zu einer Veränderung bewegen“, sagte Bennett laut dpa. Die Existenz Israels werde von Iran bedroht.

Israel geht es offenbar nicht allein um das iranische Atomprogramm. Das Land fühlt sich auch von Irans Raketenprogramm und den iranischen Aktivitäten im Nahen Osten bedroht. Israels Verteidigungsminister Benny Gantz erklärte laut einer Meldung der Agentur Reuters, Iran sei dabei, Milizen im Umgang mit Drohnen auszubilden. Dazu werde der Luftwaffenstützpunkt Kashan nördlich von Isfahan genutzt, um „Terroristen aus Jemen, Irak, Syrien und Libanon im Fliegen von unbemannten Luftfahrzeugen aus iranischer Produktion“ auszubilden, sagte der Minister auf einer Konferenz an der Reichman-Universität bei Tel Aviv. Zudem versuche Teheran, das „Know-how“ an Palästinenser im Gaza-Streifen „zu transferieren“, um ihnen die Produktion von Drohnen an Israels Südgrenze zu ermöglichen. Als Nachweis zeigte sein Büro Satellitenbilder, auf denen Start- und Landebahnen für Luftfahrzeuge in Kashan zu sehen waren.

Nach israelischer Darstellung steckte Iran hinter dem Drohnenangriff auf ein Tankschiff im Meer von Oman vor einem Monat, das einer israelischen Reederei gehörte. Bei dem Angriff waren zwei Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen. Auch das US-Militär vertrat die Auffassung, dass die Drohne iranischer Herkunft sei.

In einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift Foreign Policy am 15. September sagte Gantz überraschend, sein Land könnte mit einem neuen Atomabkommen mit Iran zurechtkommen, er drohte aber zugleich, sollte Iran sein Atomprogramm weiterentwickeln, werde Tel Aviv die militärische Option anwenden.

Wie die Zeitschrift schreibt, versucht Israel auf die USA Druck auszuüben, um im Fall eines Scheiterns der Verhandlungen ernsthaft Macht zu demonstrieren. Das deute auf eine kleine Kurskorrektur der Iran-Politik der vorherigen Regierung von Benjamin Netanjahu, die stets gegen das Abkommen von 2015 agierte und gegen ein neues Abkommen mit Iran war.

Gantz sagte, der Plan der USA sei, das iranische Atomprogramm wieder auf den Stand von 2015 zu reduzieren. „Das ist für mich akzeptabel.“ Doch Israel möchte auch den „Plan B“ erfahren, den die USA im Falle des Scheiterns der Verhandlungen verwenden würden, um den wirtschaftlichen Druck auf Iran zu verstärken. Gantz nannte auch den „Plan C“ Israels und sprach von militärischen Maßnahmen.

Bereits zuvor hatte US-Präsident Joe Biden bei seinem ersten Treffen mit Naftali Bennett erklärt, die USA bevorzugten eine diplomatische Lösung des Konflikts mit Iran. Doch sollte der Versuch misslingen, würden die USA andere Optionen einsetzen. Bennett begrüßte diese Äußerung und sagte, Israel werde seine Angriffe gegen das iranische Atomprogramm fortsetzen. In einem Interview mit einem israelischen Sender sagte Bennett, seine Regierung versuche für den Kampf gegen das iranische Atomprogramm weitere Verbündete zu suchen, nötigenfalls werde sie aber auch allein handeln. Er kritisierte die Regierung von Netanjahu und sagte, die Vorgängerregierung habe seiner Regierung eine Situation vererbt, in der Iran die höchste Stufe zum Bau von Atombomben erreicht habe. „Der Abstand zwischen verbalen Bekundungen und entschlossenem Handeln ist groß.“

Auf der UN-Vollversammlung in New York griff Bennett Iran erneut scharf an. „Irans Atomprogramm ist an einem kritischen Punkt angelangt“, sagte er am 27. September. Teheran habe „alle roten Linien überschritten“. „Es gibt Menschen in der Welt, die das Streben Irans nach Nuklearwaffen als unausweichliche Realität betrachten. Oder sie sind einfach müde geworden.“ Eine solche Position könne sich Israel nicht erlauben und werde auch nicht dulden, „dass Iran in den Besitz einer Atombombe gelangt.“ Irans Atomprogramm habe „einen Wendpunkt erreicht – unsere Toleranz auch. Worte können Zentrifugen nicht stoppen. Wir werden Iran nicht erlauben, eine Atombombe zu erwerben.“

Bennett, der zum ersten Mal als Ministerpräsident vor der UN-Vollversammlung sprach, rief die internationale Gemeinschaft zum gemeinsamen Handeln auf. „Wenn wir uns das vornehmen, wenn wir ernsthaft stoppen wollen, wenn wir unsere Ressourcen nutzen, dann können wir es schaffen“, sagte er. Iran habe gegen Vereinbarungen mit der Internationalen Atombehörde verstoßen, setze die Inspekteur/innen unter Druck und hindere sie daran, die Anlagen zu kontrollieren. Die Uran-Anreicherung habe inzwischen 60 Prozent erreicht, es fehle nun noch ein Schritt bis zum Bau der Atombombe.

Irans Botschafter bei der UNO, Madschid Tachtrawantschi warf Bennett Lügen vor. Er twitterte auf Englisch: „In der UNO existiert eine unkontrollierte Iran-Phobie. Die Rede des israelischen Ministerpräsidenten war voll von Lügen. Israel, das hunderte Atomsprengköpfe besitzt, ist nicht in der Position, unser friedliches Atomprogramm zu kritisieren.“

### **RAISI WAGT ES NICHT, NACH NEW YORK ZU REISEN**

Irans neuer Präsident Ebrahim Raisi hat auf einen persönlichen Auftritt auf der diesjährigen UN-Vollversammlung verzichtet und dies mit der Gefahr einer möglichen Corona-Ansteckung begründet. Irans Botschafter bei der UNO, Madschid Tachtrawantschi, sagte, der Präsident werde seine Rede virtuell halten. Vermutlich liegt der Grund, nicht nach New York zu reisen, entweder darin, dass Raisi befürchtete, kein Einreisevisum zu bekommen, weil sein Name auf der schwarzen Liste der USA steht, oder wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgenommen zu werden. Wäre die Ansteckungsgefahr der Grund gewesen, wäre er auch nicht zur Teilnahme an dem Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in die tadschikische Hauptstadt Duschanbe gereist.

An seiner Stelle nahm der neue Außenminister Hossein Amir Abdollahian an der UN-Vollversammlung teil. Laut Irna führte der Minister am Rande der Versammlung mehr als

30 Gespräche mit seinen Amtskollegen aus verschiedenen Ländern, unter anderem auch mit Bundesaußenminister Heiko Maas. (siehe nächste Seite)

Der Hauptteil der Rede Raisis richtete sich gegen die USA. Die USA hätten überall in der Welt ihr Ansehen verloren, sagte er. „Sie haben sich nicht aus Irak und Afghanistan zurückgezogen, sie sind hinausgeworfen worden.“ Die Erstürmung des Kapitols im Januar dieses Jahres und die überstürzte Flucht aus Afghanistan zeigten, dass das „hegemonische System der USA keinerlei Glaubwürdigkeit besitzt, weder im Inland noch im Ausland.“ Es gehe nicht darum, festzustellen, ob die USA die erste Supermacht oder zu ihrer Macht zurückgekehrt seien. Jeder vernünftige Mensch werde feststellen, dass der Widerstand der Völker weitaus stärker sei als die Macht der Supermächte. „Die Amerikaner haben irrtümlicherweise gedacht, wir würden (unter dem Druck der Sanktionen) verzweifeln. Doch wir haben Widerstand geleistet und werden weiterhin Widerstand leisten. Dieser Widerstand basiert auf einer vernünftigen Strategie. Wir trauen den Amerikanern nicht.“ Zu den Atomverhandlungen sagte der Präsident: „Die Islamische Republik zieht Gespräche in Erwägung, die nützlich sind und deren endgültiger Ausgang die Aufhebung aller unterdrückenden Sanktionen sein wird.“

US-Präsident Joe Biden erklärte auf der UN-Vollversammlung, die USA seien bereit, „vollständig“ zum Atomabkommen zurückzukehren, vorausgesetzt, Iran werde dasselbe tun. Er betonte zugleich, die USA seien fest entschlossen, eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern.

Der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Said Chatibsadeh, der Außenminister Abdollahian begleitete, sagte, ein Treffen der Mitglieder des Atomabkommens in New York sei nicht geplant. Die Atomverhandlungen in Wien, die wegen des Regierungswechsels in Iran unterbrochen worden waren, würden in den nächsten Wochen wieder aufgenommen. Teheran sei dabei, aus den bisherigen Gesprächen Bilanz zu ziehen, eine neue Delegation zusammenzustellen und sich auf die Wiederaufnahme der Gespräche vorzubereiten.

### **ABDOLLAHIAN TRIFFT MAAS UND BORRELL IN NEW YORK**

Irans Außenminister Hossein Amir Abdollahian hat am Rande der UN-Vollversammlung den deutschen Außenminister Heiko Maas und den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell getroffen. Maas forderte bei dem Gespräch Teheran auf, so rasch wie möglich zum Verhandlungstisch zurückzukehren. Die Gespräche sollten „nicht erst in Monaten, sondern so schnell wie möglich“ wieder aufgenommen werden. „Wir sind gewillt, das positiv abzuschließen. Wir wissen, dass auch die Amerikaner dazu gewillt und bereit sind, Sanktionen aufzuheben“, sagte der Minister laut einer dpa-Meldung vom 22. September.

Maas hatte bereits am 2. September mit Amir-Abdollahian telefoniert. Die beiden Minister sprachen laut Angaben des Berliner Außenministeriums über die Lage in Afghanistan, die Corona-Pandemie sowie über die Fortsetzung der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm.

Die neue Regierung in Teheran sei bereit, die bilateralen Beziehungen zu Deutschland auf allen Gebieten fortzusetzen, ja sie sogar auszuweiten, sagte Amir-Abdollahian. Zu den Atomverhandlungen sagte er, er befürworte die Fortsetzung der Verhandlungen, „aber nur wenn sie in der Praxis zur Aufhebung der US-Sanktionen und Umsetzung der legitimen iranischen Forderungen führen.“

Auch bei einem Treffen mit dem EU-Außenbeauftragten Borrell sagte Amir Abdollahian, Irans Präsident sei ein Pragmatiker. „Wir sind ernsthaft dabei, die bisherigen Verhandlungen zu überprüfen. Die neue Regierung wird bald die Atomgespräche aufnehmen. Wichtig für uns sind die Taten der Gegenseite und nicht die verbalen

Bekundungen. Wir wollen keine Zeit verlieren, werden die destruktiven Spielereien der USA nicht akzeptieren und uns mit hohlen Versprechen zufriedengeben“, sagte Amir-Abdollahian weiter. Am Abend zuvor hatte er gesagt: „Alle Seiten sollten wissen, das Atomabkommen muss für Iran spürbare und brauchbare Ergebnisse bringen. Wir müssen in der Praxis die Aufhebung der illegalen Sanktionen feststellen.“

### **IRAN UND SAUDI-ARABIEN HOFFEN AUF BESSERE BEZIEHUNGEN**

Sowohl Iran als auch Saudi-Arabien äußerten die Hoffnung, dass die direkten, bilateralen Gespräche, die in Bagdad stattfinden, zu einer Besserung ihrer Beziehungen führen werden. Der saudische König Salman sagte am 22. September auf einer vorab aufgenommenen Rede vor der UN-Vollversammlung in New York, er hoffe auf greifbare Ergebnisse, Ergebnisse, die das Vertrauen zwischen den beiden Staaten wiederherstellen und den Wunsch beider Völker nach Zusammenarbeit erfüllen. Er betonte aber zugleich, Voraussetzung für die gute Beziehung sei die Respektierung der nationalen Souveränität. Iran müsse zudem die Unterstützung der schiitischen Milizen in der Region beenden. Salman sagte zugleich, er unterstütze die internationalen Aktivitäten, die das Ziel hätten, eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran waren vor sechs Jahren abgebrochen worden, nachdem ein schiitischer Geistlicher in Saudi-Arabien hingerichtet worden war und daraufhin die saudische Botschaft in Teheran und das saudische Konsulat in Maschad von Demonstranten gestürmt wurden. Erst im April dieses Jahres nahmen Teheran und Riad, durch die irakische Regierung vermittelt, nach jahrelanger Feindschaft in Bagdad Kontakt auf. Der Sprecher des Teheraner Außenministeriums Said Chatibsadeh bezeichnete die Gespräche als „sehr ernst“. Diese Gespräche sollen seinen Angaben zufolge auch unter der Regierung Raisi fortgesetzt werden. „Ich denke, sollte das saudische Königreich die Botschaft der Islamischen Republik vernommen haben, dass die Lösung der Konflikte in der Region nur durch eine umfassende regionale Architektur möglich ist, dann können wir zwischen unseren Ländern gute und dauerhafte Beziehungen aufbauen“, sagte Chatibsadeh.

Bereits am 31. August hatte Iraj Masjedi, Irans Botschafter in Bagdad, erklärt, die Gespräche mit Saudi-Arabien würden nach der Bildung der neuen Regierung fortgesetzt. Die Äußerung erfolgte, nachdem die Außenminister Saudi-Arabiens und Irans gleichzeitig an einer Konferenz in Bagdad teilgenommen hatten, ohne miteinander Gespräche geführt zu haben. Dort erklärte Irans Außenminister, sein Land sei zu bilateralen Beziehungen zu allen Ländern der Region bereit.

### **ANGRIFF AUF PANDSCHIR-TAL VERURTEILT**

Iran hat die Angriffe der Taliban im Pandschir-Tal scharf verurteilt. Said Chatibsadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, sagte am 6. September: „Die Nachrichten aus Pandschir sind wirklich beunruhigend.“ Während die Taliban erklärten, die „letzte Bastion des Widerstands“ in Afghanistan befinde sich nun gänzlich in ihrer Hand, behauptete die im Pandschir-Tal agierende Nationale Widerstandsfront, sie sei in „strategischen Positionen“ präsent.

In Iran wird die Frage diskutiert, wie sich das Land zu der jüngsten Entwicklung in Afghanistan positionieren könnte. Sollte man sich mit den Taliban arrangieren oder die Nationale Front unterstützen, war die Frage, die auch in den Medien kontrovers diskutiert wurde.

Früher gehörte Iran zu den Gegnern der Taliban und unterstützte den Widerstand unter der Führung von Ahmad Schah Masud, der 2001 getötet wurde. Die Feindschaft zu den

Taliban erreichte ihren Gipfel, als 1998 einige iranische Diplomaten in Masar-i Scharif von den Taliban ermordet wurden.

Die Zeitung Arman Melli schrieb, die vorherrschende Stimmung in den Medien und auch in den sozialen Netzwerken deute darauf hin, dass allgemein der Wunsch bestehe, die Nationale Widerstandsfront und Ahmad Masud (Sohn des legendären Schah Masud) zu unterstützen. Die Zeitung zitiert den früheren iranischen Abgeordneten Mohammad Ali Abtahi mit den Worten: „Habt ihr gemerkt, dass die Menschen in unserem Land und die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hinter der Widerstandsfront stehen, während die offizielle Politik die Taliban unterstützt?!“

Die Zeitung schreibt weiter: „Afghanistan befindet sich nach wie vor im Wandel und seitdem die Taliban die Macht übernommen haben, kommt das Land nicht zur Ruhe. Die Taliban haben eine provisorische Regierung gebildet und ihre Minister vorgestellt und andere Länder zur Anerkennung aufgefordert. Dieser Aufforderung ist aber mit Ausnahme von Russland kein Land nachgekommen.“

Die Zeitung Schargh fragt in einem Gespräch mit dem früheren Afghanistanbeauftragten der Regierung, Mohssen Ruhisefat: „Wie kommt es, dass Iran nun mit allen Staaten, die mit Iran konkurrieren oder Iran anfeinden, am gleichen Strang zieht oder gar Bündnisse eingeht?“ Ruhisefat antwortet: „Ich denke, dass bei den Verantwortlichen die Meinungen in Bezug auf die Entwicklung in Afghanistan weit auseinander liegen. Manche sind dafür, dass Masud unterstützt wird, andere sind dagegen. Meiner Ansicht nach sollten wir am besten gleichgewichtig vorgehen, das heißt, zu den Taliban gute Beziehungen herzustellen, damit sie feindliche Aktivitäten gegen uns unterlassen, und zugleich feste und stabile Beziehungen zu der Widerstandsfront herstellen, die eine kulturelle Bindung mit uns hat. Damit kann sie ihre Existenz weiterhin behaupten und sogar auf die Zentralregierung Einfluss nehmen.“

Hassan Schariatmadari, Beauftragter des Revolutionsführers für die Tageszeitung Kayhan, warf „einigen Reformern“ vor, die Interessen der USA zu unterstützen. „Sie unterstützen die Widerstandsfront, um die Niederlage der USA zu vertuschen. Die westlich orientierten Reformer sollten erklären, wie es kommt, dass sie jeden Krieg, selbst zur Eigenverteidigung ablehnen, aber nun Iran empfehlen, in den Krieg in Afghanistan einzusteigen und gegen die Taliban zu kämpfen.“

Irans Botschafter bei den Vereinten Nationen, Madschid Tachtrawantschi, verurteilte die Angriffe der Taliban gegen Pandschir und sagte am 10. September auf der UN-Vollversammlung: „Keine Macht, die in Afghanistan mit Gewalt die Regierung übernimmt, sollte von der Staatengemeinschaft anerkannt werden. Der illegitime Angriff in Pandschir ist zu verurteilen. Er befindet sich im Widerspruch zu der Charta der Vereinten Nationen.“ Zugleich sagte der Botschafter, sollten die Taliban ihre abgegebenen Versprechen halten, werde Iran sie anerkennen. Dazu nannte er folgende Bedingungen: Bildung einer Regierung, die alle Strömungen im Land repräsentiert, freie und gerechte Wahlen, gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an Wahlen, Achtung der Rechte der ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten. „Der Weg zur Stabilität und zum Frieden in Afghanistan kann nur durch inneren Dialog zwischen den Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen geebnet werden“, sagte der Botschafter.

Zu einer möglichen Teilnahme Irans an der Vereidigung der neuen Regierung in Afghanistan sagte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums Said Chatibsadeh auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz am 13. September, es sei noch zu früh, darüber zu entscheiden. „Wir müssen zuerst schauen, wie die Zusammensetzung der Regierung aussieht. Danach können wir uns entscheiden.“ Es gehe darum, wie die Taliban vorgehen werden. „Ein Weg, der dahin führt, dass eigene Brüder getötet werden, ist ein Irrweg. Leben, Eigentum und Würde der Menschen dürfen nicht angetastet werden.“ Zu der bereits von den Taliban vorgestellten Regierung sagte Chatibsadeh, sie repräsentiere nicht

die gesamte Bevölkerung und sei weder für Iran noch für die internationale Staatengemeinschaft akzeptabel.

Die Außenminister Irans und Katars haben sich am 9. September über die Entwicklung in Afghanistan beraten. Der katarische Außenminister Scheich Mohammad bin Abdulrahman al-Thani twitterte nach dem Gespräch mit seinem iranischen Amtskollegen Hossein Amir Abdollahian laut AFP: „Katar glaubt an die Wichtigkeit abgestimmter Anstrengungen für Afghanistan, um eine umfassende Lösung zu gewährleisten.“

Am 12. September gab es vor der pakistanischen Botschaft in Teheran eine Demonstration gegen die pakistanische Regierung, die die Taliban in Afghanistan unterstützt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren zumeist Vertreter der iranischen Zivilgesellschaft. Sie bekundeten ihre Solidarität mit der Nationalen Widerstandsfront Afghanistans und riefen: „Tod dem Islamischen Emirat“, „Einheit der Frauen von Teheran bis Kabul“. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften. Einige Teilnehmer/innen wurden festgenommen, darunter die bekannte Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi. (siehe Seite 8)

### **AMNESTY INTERNATIONAL SPRICHT VON 72 FOLTEROPFERN IN IRANISCHEN GEFÄNGNISSEN**

In ihrem Bericht vom 15. September veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) Namen und Angaben zu 72 Personen, die in den iranischen Gefängnissen infolge von Folter ums Leben gekommen sind. Demnach sind von Januar 2010 bis jetzt mindestens 72 Gefangene in 42 iranischen Gefängnissen durch Folter und Misshandlungen ums Leben gekommen. Die meisten dieser Gefangenen waren zwischen 20 und 35 Jahre alt.

Das jüngste Beispiel betrifft den 31-jährigen Yasser Manguri. Seine Familie wurde Mitte September über seinen Tod informiert, obwohl Manguri bereits im Juli festgenommen worden war. Die Familie, die Manguris Leichnam nicht erhalten hat, erklärte, die Todesursache sei nicht bekannt. Menschenrechtsorganisationen vermuten, er sei entweder hingerichtet worden oder durch Folter gestorben. Die Justiz bestritt die Behauptung und erklärte, Manguri sei bei bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben gekommen.

AI berichtet, dass in keinem der 72 Todesfälle ein Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen oder gerichtlich verfolgt worden sei, obwohl „glaubwürdige Berichte“ auf Folter oder Gebrauch von Schusswaffen hinwiesen. Von den 72 Fällen seien 46 Fälle auf „körperliche Folter oder andere Misshandlungen durch Geheimdienst- und Sicherheitsbeamte oder Gefängnispersonal“ zurückzuführen. Bei 15 Todesfällen sei der Gebrauch von Schusswaffen oder Einsatz von Tränengas festgestellt worden. Auch bei den restlichen elf Fällen hätten verdächtige Umstände zum Tod der Gefangenen geführt.

„Die iranischen Behörden führen die Todesfälle in der Haft in der Regel vorschnell auf Suizid, eine Drogen-Überdosis oder Krankheiten zurück, ohne unabhängige und transparente Untersuchungen einzuleiten“, heißt es in dem Bericht. In Iran herrsche bei den Verantwortlichen ein „Klima der Straflosigkeit“.

Hija Murajev, Leiterin der AI-Abteilung Nahost und Nordafrika, sagte, die Nachrichten von gestern über die Umstände des Todes von Manguri zeigten abermals, dass die „Straflosigkeit“ Sicherheitsbeamten freie Hand lasse, einen Gefangenen zu töten, ohne rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Die Weigerung, unabhängige Untersuchungen über das Sterben im Gefängnis durchzuführen, sei ein bitteres Symbol für die herrschende Willkür in iranischen Gefängnissen.